



## Susanne Schneider MdL

Mitglied der FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen  
Sprecherin für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation  
Sprecherin für Gesundheit

Landtag NRW • Susanne Schneider MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 884-4458  
Fax: (0211) 884-3658  
E-Mail: susanne.schneider-mdl  
@landtag.nrw.de  
Düsseldorf, 22.01.2016

### Pressemitteilung

#### Facharzttermine

## Schneider: Terminservicestellen sind Schritt in Richtung Staatsmedizin

**Auf Beschluss der Bundesregierung müssen die regionalen Kassenärztlichen Vereinigungen bis zum 23. Januar sogenannte Terminservicestellen eingerichtet haben. Diese sollen den gesetzlich Versicherten auf Wunsch binnen vier Wochen einen Termin bei einem Facharzt vermitteln. Trotz massiver Kritik wurde die Neuerung von der Bundesregierung im GKV-Versorgungsstärkungsgesetz festgeschrieben. Hierzu erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion Susanne Schneider:**

„Die sogenannten Terminservicestellen sind mit enormen Aufwand und hohen Kosten verbunden. Statt die Medizin zu stärken, fließt nun viel Geld in die Administration eines bürokratischen Monstrums. So rechnet die KV Nordrhein mit zusätzlichen Bürokratiekosten von 2,7 Millionen Euro und die KV Westfalen-Lippe mit Bürokratiekosten von 1,4 bis 3,7 Millionen Euro. Die vermeintliche Verkürzung der Wartezeiten durch einen gesetzlichen Eingriff in die Terminvergabe der niedergelassenen Ärzte ist ein PR-Placebo auf Kosten der Fachärzte. Denn das Gesetz stellt zunächst alle Fachärzte unter Generalverdacht ihre Terminvergabe zu ineffizient zu gestalten. Gleichzeitig werden die meisten Mediziner, die bereits stark ausgelastet sind, wohl die neuen Termine noch zwischen die regulären Termine einschieben müssen, um dem Willen der Regierung gerecht zu werden.

Was für Außenstehende nach einem guten Vorhaben klingt, kommt aber tatsächlich nicht über ein gut gemeint hinaus. Patienten wählen ihre Fachärzte meist ganz bewusst aus, weil sie ihnen vertrauen oder weil sie ihnen besonders empfohlen wurden. Durch die Terminservicestellen werden es aber immer öfter beliebige Ärzte auch in weiterer Entfernung zum eigenen Wohnort sein, die vermittelt werden. Das stellt eine Einschränkung der freien Arztwahl dar und kommt weder den Patienten noch den Ärzten zugute.

Eine zusätzliche Belastung werden auch die Krankenhäuser erfahren, die schon jetzt überlastete Notaufnahmen beklagen. Sollte nämlich innerhalb der vier Wochen kein Termin angeboten werden können, hat die Terminservicestelle den Versicherten innerhalb einer weiteren Woche einen Behandlungstermin in einem Krankenhaus anzubieten.“